

Gewalt gegen Frauen und Mädchen konsequent stoppen

Resolution der Delegiertenversammlung am 13. November 2024

Die Delegiertenversammlung der Ärztekammer Berlin nimmt die „Orange the World“ Kampagne 2024 zur Partnerschaftsgewalt von UN Women Deutschland zum Anlass, um auf das wichtige Thema Gewalt gegen Frauen und Mädchen aufmerksam zu machen. Die Kampagne läuft vom Internationalen Tag zur Beendigung der Gewalt gegen Frauen am 25. November bis zum 10. Dezember 2024, dem Tag der Menschenrechte.

Geschlechtsspezifische Gewalt beginnt bei Alltagssexismus und endet oft tragisch mit Femiziden. Gewalt gegen Frauen und Mädchen ist in patriarchalen Strukturen tief verwurzelt und betrifft Frauen und Mädchen weltweit – insbesondere in Form von Partnerschaftsgewalt. Sie umfasst sowohl körperliche, sexualisierte, emotionale, ökonomische als auch psychische Gewalt. Diese Art der Gewalt, die oft von nahestehenden Personen ausgeht, eskaliert häufig schrittweise, beginnend mit verbaler Gewalt.

Das Bundeskriminalamt hat für das vergangene Jahr erschütternde Zahlen veröffentlicht: Demnach tötet in Deutschland alle zwei Tage ein Mann seine (Ex-)Partnerin. Jeden Tag findet ein Tötungsversuch statt. Öfter als alle vier Minuten fügt ein Mann seiner Partnerin Gewalt zu. Alle zwei Stunden erlebt eine Frau sexualisierte Gewalt durch ihren Partner.¹

UN Women Deutschland legt in der „Orange The World“ Kampagne 2024 einen besonderen Fokus auf diese alltägliche Gewalt, die Frauen in Partnerschaften erleben. Femizide stellen die extremste Form dieser Gewalt dar. Allein im Jahr 2023 wurden in Deutschland 155 Frauen von ihrem (Ex-)Partner getötet – Taten, die häufig durch präventive Maßnahmen, Täterarbeit, Schutz- und Hilfsangebote vermeidbar gewesen wären.

Der medizinischen Versorgung kommt dabei eine entscheidende Rolle zu. Die Ärztekammer Berlin ist daher seit Jahren im Rahmen des „Runden Tisch Berlin – Gesundheitsversorgung bei häuslicher und sexualisierter Gewalt“ (RTB) aktiv und setzt sich für die Umsetzung der WHO-Leitlinien „Umgang mit Gewalt in Partnerschaften und mit sexueller Gewalt gegen Frauen“ und deren strukturelle Verankerung ein. Im Rahmen des RTB wurden unter anderem die Handlungsempfehlungen Gesundheitsversorgung bei häuslicher Gewalt und Ergänzende Empfehlungen zur Versorgung von Betroffenen mit Kind(ern) entwickelt.

Die Ärztekammer Berlin will die Sensibilisierung von Ärzt:innen in diesem Bereich weiter fördern. Häufig sind es Ärzt:innen, denen als Erstes die Folgen von Gewalt auffallen. Zudem bietet der Schutzraum eines ärztlichen Behandlungsraumes Betroffenen eine besondere Möglichkeit, sich zu öffnen, und Ärzt:innen die Gelegenheit, nach möglichen Gewalterfahrungen zu fragen. Ärzt:innen können Betroffenen praktische Unterstützung, wie beispielsweise die gerichtsfeste Dokumentation oder die Sicherung von Spuren nach sexualisierter Gewalt, bieten.

¹ [BKA – Bundeslagebilder Häusliche Gewalt](#)

Auch das Abklären einer akuten Gefährdung und das Vermitteln an Hilfsangebote wie Frauenhäuser sind wichtig.

Die Ärztekammer Berlin fordert zudem eine umfassende politische Strategie zur Bekämpfung geschlechtsspezifischer Gewalt sowie die konsequente Umsetzung der Istanbul-Konvention – ein Übereinkommen des Europarates zur Verhütung und Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen und Mädchen sowie häuslicher Gewalt, die seit 2018 in Deutschland geltendes Recht ist.

Nur durch den Ausbau nachhaltiger Prävention, Gleichstellung und dem gesicherten Zugang zu Hilfesystemen kann das Leben und die Sicherheit von Frauen und Mädchen in Berlin geschützt werden. Dafür brauchen wir in Berlin dringend:

1. Mehr Schutzräume für Frauen und Mädchen.
2. Eine bessere Unterstützung bei der Wohnungssuche von Frauen und Mädchen, die aus Schutzeinrichtungen ausziehen wollen.
3. Bessere Koordinierung und klare Zuständigkeiten bei den Berliner Behörden.
4. Verlässliche und dauerhafte Finanzierung von Angeboten für Gewaltpräventionsprojekte und Opferhilfe.
5. Einführung von institutionell verankerten interdisziplinären Fallkonferenzen unter Beteiligung von Polizei, Jugendamt und Beratungsstellen zum Gewaltschutz von Frauen und Mädchen